Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 15.00, monatlich Mark 5.00.
Anzeigenpreis: im Amtshauptmannschaft bezirk der Raum der 5gespaltenen Zeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., vierteljährlich Vorausbezahlung, im amtlichen Teil die halbe Zeile 4.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.

Tageblatt · enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 85. **Mittwoch, den 13. April 1921.** **74. Jahrg.**

Arbeiterzählung.

Für die am 2. Mai ds. Jhrs. stattfindende Arbeiterzählung werden den Gewerbeunternehmern demnächst durch die Ortsbehörden Zählbogen zugehen. Die Zählbogen sind genau auszufüllen und spätestens bis zum 4. Mai 1921 an die Ortsbehörde zurückzugeben.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 10. April 1921.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Oskar Paul Klarmann,** Inhabers der Firma **O. Paul Klarmann in Schneeberg,** (Bürstenwerk, Ofenfabrik, Fabrikation chemisch-technischer Erzeugnisse) wird heute am 11. April 1921, vormittags 1/4 10 Uhr, das **Konkursverfahren** eröffnet.

Der Rechtsanwalt Kretzner in Schneeberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juni 1921 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 3. Mai 1921, vormittags 11 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 28. Juni 1921, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Mai 1921 Anzeige zu machen.

Amtsgericht Schneeberg.

Das auf Blatt 289 des Grundbuchs für Oberschlema eingetragene verliehene Bergbaurecht: **Alberi Fundgrube zu Oberschlema** in einer Größe von 77 Maßeinheiten, ist von der Berechtigten, der Firma Theodor Starcke, Granitbrüche Oberschlema, G. m. b. H. in Oberschlema, am 18. März 1921 aufgegeben worden.

Nach § 392 des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 können die Hypothekengläubiger, Grundschuldgläubiger und Rentenschuldgläubiger sowie jeder, der auf Grund eines vollstreckbaren Titels die Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Bergbauberechtigten herbeizuführen in der Lage ist, binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Zwangsversteigerung des aufgegebenen Bergbaurechts beantragen. Das gleiche Recht hat der Konkursverwalter.

Wird innerhalb der Frist die Zwangsversteigerung nicht beantragt oder führt die Versteigerung mangels eines wirksamen Gebotes nicht zum Zuschlag, so erlischt das Bergbaurecht.

Schneeberg, den 7. April 1921. **Das Amtsgericht.**

Bekanntmachung.

Die Diensträume des Schlichtungsausschusses Zwickau werden am 14. April 1921 von Königstraße 1 nach Schulgrabenweg 21 (Amtsgericht) 2. Obergeschoß verlegt. Am 14. April 1921 bleiben die Diensträume wegen Umzugs geschlossen. Vom 15. April 1921 an sind die Diensträume für den öffentlichen Verkehr an Werktagen, mit Ausnahme der Sonnabende, durchgehend von 8 bis 3 Uhr, an Sonnabenden von 8 bis 2 Uhr, geöffnet.

Briefsendungen sind an den Schlichtungsausschuß Zwickau, Schulgrabenweg 21, II, zu richten.

Zwickau, den 11. April 1921. **Der Schlichtungsausschuß.**

Für die **Landwirtschaft** im Bezirk sowie für Nordhausen, Eisleben und Brandenburg werden dringend **Mädchen** in gute Stellen und gutem Lohn gesucht. Meldungen nimmt der unterzeichnete Arbeitsnachweis, wo auch die Bedingungen eingesehen werden können, sofort entgegen.

Zwickau, am 11. April 1921. **Bezirksarbeitsnachweis der Amtshauptmannschaft Zwickau.** Mittelstraße 1.

Konfirmanden-Anmeldung in der Kirchgemeinde St. Nicolai.

Die Eltern und Erziehungsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, die Kinder, welche **Ostern 1922 konfirmiert** werden sollen, spätestens bis 21. April bei dem zuständigen Bezirksgeistlichen zum Besuche des Konfirmandenunterrichts anzumelden.

Bei Kindern, die nicht in der Nicolaigemeinde getauft worden sind, ist die Taufbescheinigung resp. Stammbuch vorzulegen.

Der Eröffnungsgottesdienst findet am Sonntag Cantate, den 24. April, nachm. 5 Uhr, statt.

Aue, den 12. April 1921. **Das ev.-luth. Pfarramt zu St. Nicolai.**

Donnerstag, den 14. April 1921, vormittags 10 Uhr soll im Versteigerungsraum des Amtsgerichts Aue ein größerer Posten elektrischer Bedarfsartikel, Lampen und Draht, gegen sofortige Bezahlung, öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Donnerstag, den 14. April 1921, vormittags 10 Uhr, sollen im Versteigerungsraume des Amtsgerichts hier, **ein dunkelbraunes Büfett und eine dunkelbraune Wanduhr** meistbietend öffentlich versteigert werden.

Schwarzenberg, den 11. April 1921. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.**

Die Spaltung in der Mehrheitspartei

—l. Man ist sehr unzufrieden in Chemnitz. In Preußen und in Bayern, in Lippe, Thüringen, Mecklenburg und sogar in Sachsen lobt man wider die alleinrichtigen Lehren Chemnitzer Herkunft, die man sich dort belleibe nicht aus den Fingern saugt, sondern aus dem Born der Massen schöpft. Das, was Herr Fellisch verzapft, soll nämlich — worauf er neuerdings immer in seinem Blatte hinweist — der Extrakt der Massenstimmung sein. Wenn dasselbe die Herren in Berlin und Dresden für sich in Anspruch nehmen würden (und niemand könnte sie daran hindern), dann würde sich zeigen, wie es um die Massenstimmung steht. Nein, Herr Fellisch, die Stimmung wird in neunundneunzig Fällen von hundert in die Masse hineingeimpft und sie kehrt dann in Resolutionen, die natürlich niemals von der Masse ausgehen, als Massenstimmung zurück. Die große Menge ist der Resonanzboden, welcher die Töne, die von außen kommen, aufnimmt und verstärkt zurückgiebt. Es müssen schon ganz große Parolen sein, die bewirken, daß die Masse von selbst tönt. Die letzte dieser Art haben wir wohl in den Augusttagen 1914 erlebt.

Das Feldgeschrei, das jetzt von Chemnitz ausgeht: **keinen Pakt mit dem Bürgertum!** kommt nicht aus der Masse heraus. Es findet nicht einmal rechten Widerhall in ihr. Darüber können auch Wahlkreisversammlungen mit schönen Resolutionen nicht täuschen. Und deshalb ist man in Chemnitz so unzufrieden, weil der unsinnige Gedanke, in den man sich dort verrannt hat, anderorts in den Kreisen der Mehrheitspartei absolut keine Gegenliebe findet. Die Partei ist gespalten in einen Flügel der Vernunft, welcher der Wirklichkeit Rechnung trägt, und in einen der Unvernunft, der die undemokratische Lehre vom Klassenhaß zum Dogma erhebt. Jetzt ist man schon soweit, daß man die Vernünftigen in der Partei als „bürgerlich orientierte Kreise mit dem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch" bezeichnet. Damit sind in Sachsen besonders die jetzigen und ehemaligen mehrheitlichen Minister bis auf wenige Ausnahmen und Leute wie Fräßdorf und Sindermann gemeint, in Preußen alle diejenigen, welche dazu halfen, daß der Zentrumsmann Stegerwald Ministerpräsident wurde.

Besieht man die Sache bei Lichte, so sind die Chemnitzer gar sehr in der Minderheit. Dazu paßt garnicht das Aufheben, das sie von sich machen. Wenn sie denken, daß sie durch vieles Geschrei etwas ändern können, so täuschen sie sich. Die große Mehrheit der Arbeiterschaft ist der Unruhe müde, die durch die „Führer" in sie hineingetragen wird. Sie wissen, daß letzten Endes nur diejenigen den Vorteil davon haben, die von den sozialistischen Zeitungen das „Lumpenproletariat" genannt werden. Die Vorgänge in Mitteldeutschland, die in ihrer ganzen Scheußlichkeit noch nicht genug bekannt sind, haben die Zahl der Freunde der Ordnung und Ruhe ungeheuer vermehrt und den Chemnitzern sehr viele Anhänger gekostet.

Der Sieg der „Harmonieapostel" ist auf dem Marsche. Wie in Preußen, so auch in Sachsen. Er muß auf dem Marsche sein, weil sich doch schließlich die Vernunft der Unvernunft gegenüber durchsetzt. Festgestellt muß immer wieder werden, daß die bürgerlichen Parteien von vornherein samt und sonders sich niemals gegen eine gemeinsame Arbeit mit der Sozialdemokratie gesträubt hatten, und daß das Wort von einer geplanten „Regierung gegen die Arbeiterschaft" ein demagogischer Kniff einzelner sozialistischer Führer und Hetzleute ist. Niemand will die Sozialdemokratie ausschalten, nur wird mit Recht eine Klassenregierung der Linksparteien abgelehnt. Deutschland kann aus seiner Lage, die gerade jetzt verzweifelter denn je ist, nur herauskommen, wenn sich alle Elemente der Ordnung die Hand reichen.

Man wird natürlich solange wie möglich versuchen, die Gegensätze in der Partei nach außen zu verkleistern. Eine Ueberbrückung kann niemals stattfinden, da die beiden Flügel eine Weltanschauung scheidet.

In Sachsen wird die latente Regierungskrise, die eigentlich schon seit dem Antritt der Regierung besteht, voraussichtlich bald zum Ausbruch kommen. Das erste Opfer wird wahrscheinlich der Justizminister sein, der sich als ehrlicher Jurist und Mensch schon lange mit Rücktrittsgedanken trägt. Dieser „Sieg" des Hrn. Fellisch wird nicht sein einziger bleiben. Aber noch immer ist der Krug solange zu Wasser gegangen bis er bricht.

Die Schwierigkeiten der preußischen Regierungsbildung.

Berlin, 11. April. Die Aussichten des Ministerpräsidenten **Stegerwald,** eine Mehrheitskoalition zusammenzubringen, sind sehr gering. Die von sozialdemokratischer Seite stammende Anregung, ein Kabinett zu bilden, das teils aus Politikern, teils aus Fachministern besteht, wobei die politischen Minister den alten Koalitionsparteien, die Fachminister der Deutschen Volkspartei entnommen werden sollen, findet bei der Deutschen Volkspartei wenig Gegenliebe. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Stegerwald schon jetzt sich mit der Zusammensetzung eines Geschäftsministeriums befasse und mehrfach Anfragen an hohe Verwaltungsbeamte habe richten lassen, die er in das Kabinett aufnehmen wolle.

4,5 Milliarden Fehlbetrag der Reichspost.

Berlin, 11. April. Der Etat der Reichspost schließt für 1920/21 mit einem Fehlbetrag von 4,5 Milliarden Mark ab.

Berlin, 11. April. Der **Fehlbetrag** der **Brotgetreideablieferung** im Monat März hat nach Feststellung des preußischen Landwirtschaftsministeriums in Preußen rund 920 000 Zentner betragen.

Ein neuer Putschversuch.

Berlin, 11. April. Hier wurde eine neue, **von Sowjets vorbereitete Putschaktion** durch Verhaftung von neun Kommunisten unmöglich gemacht. Bei den Verhafteten handelt es sich mehrfach um Einbrecher und Vorbestrafte.

Die Früchte des Aufruhrs.

Magdeburg, 11. April. Nach den vorläufigen Feststellungen im Oberpräsidium beträgt der **Schaden** an Gebäuden, Material und barem Geld bei den kommunistischen Unruhen in der Provinz mehr **als neun Milliarden Mark.**

Die Entente lehnt bessere Bewaffnung der Sipo ab.

Der „Matin" meldet, daß die deutsche Note über die bessere Bewaffnung der deutschen Sicherheitspolizei in dem Fochschen Gutachten an den Rat der Alliierten **abgelehnt** wird.

Die Dieselmotoren.

Berlin, 11. April. Die deutsche Regierung hat die von der Entente geforderte **Liste der Dieselmotoren** am 31. März d. J. der Marinekontrollkommission übergeben. Im Herbst vorigen Jahres hatte die Entente die Zerstörung aller U-Boot-Dieselmotoren verlangt. Deutscherseits war mit Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsleben dagegen ein Protest erhoben worden. In der überreichten Liste werden 422 Maschinen nachgewiesen. Davon sind nach Beendigung des Krieges 21 aus den U-Booten ausgebaut worden, 105 waren noch nicht in U-Boote eingebaut. 265 waren noch nicht fertiggestellt und werden später für Handelszwecke umgebaut, 4 wurden zerstört, 348 sind für Handelszwecke verkauft worden, 75 sind noch vorhanden.

Keine deutschen Flieger über dem besetzten Gebiete!

Paris, 10. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Mainz hat der französische Oberkommissar Tirard mitgeteilt, daß kein deutsches Flugzeug die besetzten Gebiete überfliegen dürfe.

Neue Sachverständigenberatungen in Paris.

Zürich, 11. April. Der „Secolo" meldet aus Paris den **Beginn neuer Sachverständigen-Beratungen der Alliierten** in Paris. Die erste Sitzung am Sonnabend wurde von Loucheur mit der Erklärung eröffnet, daß gegen Deutschland vom 1. Mai ab bei vorsätzlicher Weigerung, den Vertrag zu erfüllen, alle in Versailles vorgesehenen **Zwangsmaßnahmen** politischer und wirtschaftlicher Art zur Anwendung gelangen sollen. An den Besprechungen nehmen zusammen 29 der bedeutendsten Sachverständigen Frankreichs, Italiens, Belgiens und Englands teil.

Die Verordnung über die neue Zollgrenze.

Mainz, 11. April. Die alliierte Rheinlandskommission hat die Verordnungen über die neue Zollgrenze ergehen lassen. Im Osten des besetzten Gebiets wird eine neue Zollinie eingerichtet, die wie folgt festgelegt ist:

Der **Rhein** von der holländischen Grenze bis nördlich Düsseldorf, einschließlich Ruhrort und Duisburg, ein Brückenkopf bei Düsseldorf, der Brückenkopf Köln, der Rhein zwischen dem Brückenkopf Köln und Koblenz, die Brückenköpfe Koblenz und Mainz, der Rhein vom Brückenkopf Mainz bis zur elsässischen Grenze.

Die **Waren,** die über diese Zollinie in das besetzte Gebiet eingeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der vorgesehenen Ausnahmen einer **Zollabgabe von 25 v. H.** der Zölle, die in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif vorgesehen sind, und zwar berechnet **in Gold.** Die Waren, die aus dem besetzten Gebiet über die bezeichnete Zollinie ausgeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der Ausnahmen, einem Ausfuhrzoll in Höhe der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif für die nach Deutschland eingeführten Waren vorgesehen sind, aber berechnet in Papiermark.

Für **zollfreie Waren** wird eine statistische Gebühr von einer Papiermark für jedes Gut oder Vieh erhoben.

Für den **internationalen Durchgangsverkehr für Waren,** die aus einem anderen Lande als Deutschland durch das besetzte Gebiet nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden, tritt keine Aenderung ein. Das zur Regelung aller Zollfragen von der Rheinlandskommission geschaffene Zollkomitee hat Befehlsgewalt über das gesamte alliierte und deutsche Zollpersonal.

Für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen der Rheinlandskommission oder des Zollkomitees sind **Geldstrafen bis zu 500 000 Mk. und Gefängnis** bis zu 5 Jahren oder beide Strafen vorgesehen. Außerdem kann auf Einziehung der verbotswidrig ein- oder ausgeführten Waren erkannt werden. Die neuen Zollbestimmungen treten am 20. April in Kraft.

Vom Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Das Blatt „Populaire" beschäftigt sich mit einer Aeußerung des Abg. Crespel, der jüngst bei der Kammerdebatte die Beteiligung deutscher Arbeiter ablehnte, dabei von der Majestät der Wüste sprach und erklärte: **„Lieber die Ruinen als den Wiederaufbau durch die Deutschen!"** Der Abg. Crespel ist nach dem Blatte ein Industrieller, aus dem der Krieg keinen Armen gemacht habe. Der Sonderberichterstatter des „Populaire", Raymond Figeac, der in La Bassee war, im Wahlbezirk des Abgeordneten, schildert, wie die Wahl des Abgeordneten Crespel in La Bassee zustande gekommen sei. Am 19. Oktober seien in Wagen, in Autos und auf Fahrrädern verschwundene und unbekannte Wähler von Bethune, Violaines usw., ja sogar von noch weiter entfernt liegenden Orten herbeigeströmt. Die Unterbringung, die Unkosten, alles sei auf Rechnung des Bloc national gegangen. Bier, Wein, Likör und Geld seien in Strömen geflossen. Dann sei alles still geworden. Crespel habe, als er glücklich Abgeordneter war, sich immer seltener blicken lassen, aber man hätte wenigstens annehmen können, daß er seinen Pflichten als Bürgermeister und Generalrat nachgekommen wäre. Figeac hat sich von seinem Gewährsmann einen engen Barackenbau aus Brettern zeigen lassen, der die Bürgermeisterei darstellte und in dem zwei junge Schreiber mit Abschriften von zweifelhafter Wichtigkeit beschäftigt gewesen seien. Wenn man eine Auskunft, eine Unterschriftsglaubigung, einen Auszug aus der Zivilstandsliste haben wolle, wende man sich an den Gewährsmann